

ökumenischer Friedenskreis
Dresden-Johannstadt

Dresden, den 22.06.89

Offener Brief

An die Volkskammer der DDR
Stellungnahme zur Erklärung der Volkskammer zu den Ereignissen in
der Volksrepublik China
(veröffentlicht am 09.06.89 in der DDR-Presse)

Die Ereignisse der letzten Wochen in der VR China haben uns erschüttert.

Wir sind davon überzeugt, daß militärische Gewalt kein Mittel mehr zur Klärung politischer Konflikte zwischen Staaten oder innerhalb einer Gesellschaft ist.

Eine Staatsmacht, die so vorgeht, wie in China geschehen ist, stellt sich selbst in Frage. Dies um so mehr, da sie sich von der Verantwortung für den Tod ungerählter Zivilisten und Soldaten freispricht, die Schuld an eine sogenannte kleine Gruppe von kriminellen Elementen und Aufwieglern delegiert und die zum Tode Verurteilten sofort hinrichtet mit der Erklärung, es habe keinerlei Gründe gegeben, das Urteil zu revidieren.

Die unreflektierte, unkritische Übernahme von den Darstellungen seitens der chinesischen Staatsführung in den Medien der DDR ist nicht mit den Prinzipien der Achtung von Souveränität und Nicht-einmischung zu rechtfertigen.

Humanistische Ethik muß diese Prinzipien außer Kraft setzen, wenn Sittlichkeit und Menschenwürde in grober Weise verletzt werden, eine Staatsmacht sich mit rücksichtsloser Gewalt Geltung verschafft und zur Rechtfertigung die politischen Zusammenhänge vereinseltigt.

Als Christen fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen.

Um so betroffener sind wir davon, daß die Volkskammer der DDR in ihrer Erklärung sich mit der chinesischen Staatsführung in Geist und Haltung verbindet und deren Vorgehen nicht nur billigt, sondern für unausweichlich, also richtig hält.

Das läßt befürchten, daß die Staatsführung der DDR ähnlich zu handeln bereit wäre, wenn sie sich in ihrer Macht angegriffen oder kritisch engagierte Menschen als Feinde des Sozialismus zu erkennen glaubt, die bekämpft werden müssen.

Die Befürchtungen werden gegenwärtig genährt durch den überwiegend ignorierenden, teils auch kriminalisierenden Umgang mit den kritischen Äußerungen, den Eingaben und Anzeigen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen.

Wir sind sehr besorgt über die wachsende Verdrängung der Notwendigkeit, unsere Gesellschaft einer konstruktiven, selbstkritischen Analyse zu unterziehen. Dazu ist es unumgänglich, die offenkundigen gesellschaftspolitischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme in aller Öffentlichkeit unter Garantie zu freier Meinungsäußerung zu diskutieren und zu bearbeiten.

Wir sind bereit in einem solchen Prozeß nicht nur Rechte einzufordern, sondern auch Verantwortung zu übernehmen.

Bezugnehmend auf den Anlaß dieser Stellungnahme möchten wir abschließend feststellen, daß wir uns von der Volkskammer als höchstem Organ der Volksvertretung durch die am 09.06.1989 veröffentlichte Erklärung nicht vertreten fühlen.

Unterzeichnende: Anne Möhn, Marusa Scholze, Johannes Fohl,
Kerstin Wendsche, Barbara Blümel, Andreas Rönsch, Benedikt
Antkowiak, Falk Schiller, Andreas Kittelmann, Franco Gläser,
Gerd Heidrich, Andreas Schwertner, Winfried Hübner